



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Baumann, Felix: Die Macht des amerikanischen Präsidenten

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

des Krieges geführt haben, auch bei unsern Gegnern sich in gleicher Weise bemerkbar machen werden. Dasjenige Volk, welches die darin liegende Gefahr zuerst richtig erkennt und als erstes durch sachgemäße wirksame Gegenmaßnahmen zu bekämpfen weiß, hat die besten Anwartschaften für die Zukunft. Möchte auch auf diesem Gebiete unserem deutschen Volke die Siegespalme beschieden sein!



Die Macht des amerikanischen Präsidenten

Von Felix Baumann



ie Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten, die die letzten Reden des Präsidenten Wilson, die als Auftakt zur kommenden amerikanischen Nationalwahl zu betrachten waren, sowie sein Bemühen mit dem Staatssekretär Bryan und dem Kriegsekretär Garrison, legen die Frage nahe wie weit geht eigentlich die Machtbefugnis des Präsidenten?

Der amerikanische Senat hat sich bereits während der zweiten Präsidentschaft Roosevelts mit dieser Frage beschäftigt, als „der Mann mit dem großen Knüttel“ sich über die ihm in der Verfassung gesetzten Grenzen hinwegsetzte und nach Belieben handelte. Die Resolution, in der damals verlangt wurde, daß die Amtshandlungen des Präsidenten mit den durch die Verfassung vorgeschriebenen Pflichten übereinstimmen müßten, befürwortete der Senator von Maryland Rayner mit den Worten: „Zum ersten Male in der Geschichte unseres Landes leitet der Präsident die Regierungsgeschäfte nach seinem Gutdünken. Seine Anschauungen und Ideale mögen richtig sein, ja, ich bekenne ganz offen, daß sie es teilweise sind, aber ich behaupte allen Ernstes, die Sicherheit und Wohlfahrt der Republik stehen auf dem Spiel, wenn eine solche gefährliche Politik auch in kritischen Augenblicken getrieben wird.“

Klar und deutlich hat Rayner damals zu verstehen gegeben, daß das jeweilige Oberhaupt der Vereinigten Staaten politische Seitensprünge zu unterlassen und im Sinne der Verfassung, d. h. des amerikanischen Volkes zu amtieren habe. Und merkwürdigerweise ist Wilson früher derselben Ansicht gewesen, denn in seinem im Jahre 1885 erschienenen „Congressional Government“, schrieb er: „Das Amt des Präsidenten, obwohl zuweilen schwer, wird gewöhnlich nicht über die Routine hinausgehen. Meistens ist es nur eine Durchschnitts-Administration, eine einfache Befolgung der Verfügungen des Kongresses. Abgesehen von seinem Veto ist der Präsident nur als ein bleibender Beamter zu

betrachten; als der erste Beamte einer sorgfältig abgestuften und unparteiischen Zivilverwaltung.“

Auch in der zwölften Auflage (1896) seines Werkes vertritt Wilson noch diesen Standpunkt, aber als Präsident des Princeton-College erklärte er am 15. März 1907: „Der Einfluß und Erfolg des Präsidenten als Parteiführer beruht nur auf seiner jeweiligen Kraft und seinen Geistesgaben. Dasselbe gilt von ihm als Oberhaupt der Nation. Gelingt es ihm, das Vertrauen und die Bewunderung des Volkes zu erringen, so kann ihm keine Macht mehr widerstehen. Auch nicht ein Heer von Widersachern. Sein Auftreten entspricht der Phantasie des Volkes. Nur der Präsident wird von der ganzen Nation erwählt. Interpretiert er in wahrer Weise die nationale Meinung und besteht kühn auf ihre Befolgung, so ist er unwiderstehlich. Mit einem solchen Präsidenten wird das Volk durch dick und dünn gehen.“

Läßt man die letzte Amtszeit Wilsons Revue passieren, so kann man sich der Überzeugung nicht verschließen, daß er seine Worte als Princeton-Präsident jetzt aus der Theorie in die Praxis umzusetzen gedachte, aber einen Schiffbruch erlitt. Er konnte einen Teil des Volkes, gewerbsmäßige Deutschenfresser, Munitionsfabrikanten und Wallstreetleute mit sich fortreißen, aber der klare und nüchterne Teil legte sein Veto ein und ließ es durch seine Volksvertreter im Kapitol zum Ausdruck bringen.

Ich muß hier eines Urteils des verstorbenen Präsidenten Cleveland über Wilsons politische Auslassungen gedenken, das einer der intimsten Freunde Clevelands, der Journalist Richard Watson Gilber, vor einigen Jahren im „Century Magazine“ veröffentlicht hat. Gilber schrieb: „Am Sonntag Abend (im Jahre 1899) brachte ich Professor Woodrow Wilson in das Clevelandsche Haus, weil sich Cleveland mit Wilson über dessen Steckenpferd, hohe Politik, unterhalten wollte. Wie mir Cleveland später erzählte, war es schwierig für ihn, in den Wilsonschen Theorien die Grenze zu ziehen. Lachend meinte Cleveland: Ich habe meinem Gegner so oft widersprechen müssen, daß ich froh war, wenn wir eine Art und Weise fanden, die es mir ermöglichte, ihm entgegenzukommen.“

Was war der Grundgedanke, der die „Väter der Konstitution“ bei deren Abfassung befeelte?

Die Bundesversammlung von 1787 nahm sich als Vorbild für die amerikanische Verfassung die britische Konstitution, aber die Delegierten suchten die Stellen auszuschalten, welche Georg dem Dritten zu große Macht verliehen hatten. Die Delegierten waren sich einig, daß die bestehende Konföderation auf sehr schwachen Füßen ruhte, wodurch die Republik im Auslande an Ansehen einbüßte. Lange Zeit berieten die Delegierten vergeblich hin und her, bis eine Einigung auf eine kraftvolle alleinige Exekutivgewalt erzielt wurde. Ein vom Kongreß unabhängige Exekutive mit genügender Machtbefugnis in den einzelnen Abteilungen. Eine Exekutive, die, nach James Wilsons Worten, einen legislativen Despotismus ausschloß und,

um mit Gouverneur Morris zu reden, dem Lande einen Präsidenten gab, der ein Beschützer des Volkes, einschließlich der niedrigsten Klassen, gegen legislative Tyrannei und die mächtigen und reichen Leute sein sollte, aus denen sich im Laufe der Zeit die Legislatur notgedrungen zusammensetzen würde. Um jedoch die Autorität des Präsidenten zu beschränken, wurde eine häufige Neuwahl, sowie die eventuelle Versetzung in den Anklagezustand und eine Begrenzung seiner Macht durch ein politisches Gleichgewicht („checks and balances-system“) angeordnet. Der Präsident erhielt den Oberbefehl über die Landarmee, aber das Recht einer Kriegserklärung verblieb dem Kongreß. Ferner konnte der Präsident keine Verträge ohne Zustimmung des Kongresses — der amerikanische Senat wird vom Volke der „Kirchhof für Verträge“ genannt — abschließen, wie diesem auch vorbehalten blieb, ein Veto des Präsidenten mit zweidrittel Stimmen beider Häuser zu verwerfen. Außerdem hielt der Kongreß den Staatsfädel mit beiden Händen fest.

Schon unter dem ersten Präsidenten George Washington kam es zu kleinen Reibungen zwischen der Exekutive und dem Senat. Aber William Maclay, der Senator von Pennsylvanien, schildert in seinen Aufzeichnungen, wie humorvoll der „Vater des Landes“ es verstand, die Opposition durch — ein opulentes Mahl zu beschwichtigen. Bei der Abberufung des Gesandten in Paris, James Monroe, ging Washington jedoch rücksichtslos vor und kümmerte sich nicht um den Kongreß. Washingtons Popularität und seine damit verbundene Macht waren nicht zum wenigsten darauf zurückzuführen, daß er sich von vornherein bereit erklärt hatte, sein Amt ohne jede Bezahlung auszuüben.

Jefferson machte den Vertragsparagrafen so elastisch, daß er Napoleon Louisiana abkaufte; eine Prozedur, die Mc Kinley bei der Annexion Hawais und der Philippinen, sowie Roosevelt bei der Souveränität über die Panamakanalzone nachahmten.

Jackson kümmerte sich den Teufel um den Kongreß, belegte mit seinem Veto alle ihm nicht zusagenden Vorlagen und jagte im ersten Amtsjahre über 2000 Beamte aus dem politischen Staatstempel. Er war der Vater des Mottoes: „Dem Sieger die Beute“, dem erst im Jahre 1883 das infolge der Ermordung des Präsidenten Garfield zustandgekommene Pendleton - Zivilverwaltungsgesetz ein Ende bereitete.

Andrew Johnson warf dem Kongreß offen den Fehdehandschuh hin, als er ohne Zustimmung des Senats das Entlassungsgesuch des Kriegssekretärs Stanton forderte. Er war der erste Präsident der Vereinigten Staaten, der vom Kongreß in den Anklagezustand versetzt wurde.

Von Lincoln sagt Grant in seinen Erinnerungen: „Lincoln bedurfte keines Vormundes zu seiner Unterstützung bei der Erfüllung seiner öffentlichen Pflichten. Er gewann seinen Einfluß auf die Leute dadurch, daß er ihnen das Gefühl beibrachte, es sei ein Vergnügen, ihm zu dienen. Er entsagte lieber seinem eigenen Wunsche, um anderen gefällig zu sein, als daß er auf seinen Willen bestand.“

Lincoln ist übrigens der einzige amerikanische Präsident, der jemals in dieser Eigenschaft im feindlichen Feuer (bei Fort Stevens) gestanden hat.

Die Geschichte der amerikanischen Präsidenten ist reich an Beispielen von der Auffassung und Ausübung ihrer Macht in Übereinstimmung mit oder im Gegensatz zur Verfassung. So gab Cleveland der Exekutivgewalt eine neue Richtung, als er, ohne die Aufforderung des Staates Illinois abzuwarten, anlässlich des großen Eisenbahnerstreiks (Debs riots) im Jahre 1894 Truppen nach Chicago zum Schutze der Vereinigten Staatenpost beorderte. Clevelands Einfluß reichte noch über seine Amtszeit hinaus und kein Geringerer als Roosevelt ging ihm einmal direkt aus dem Wege. Für mich knüpft sich an diesen Vorfall eine besondere Erinnerung. Ich war nach St. Louis gereist, um den Eröffnungsfeierlichkeiten der Weltausstellung beizuwohnen. Der ursprünglichen Vereinbarung entgegen blieb Roosevelt dem zu Ehren der Presse veranstalteten Festmahle fern. Es war ihm zu Ohren gekommen, daß Cleveland in seiner Bankettrede den Republikanern die Leviten zu lesen beabsichtigte. Tatsächlich zog Cleveland gegen die republikanische Partie so scharf zu Felde, daß der „Präsidentenmacher“ Marc Hanna sich entrüstet von der Tafel erhob und den Saal verließ. Als Roosevelt später bei den Feierlichkeiten wegen des lauten Stimmengewirrs in dem riesengroßen Ausstellungspalast nicht zu Worte kommen konnte, schwang er sich plötzlich leicht und behende auf die Brüstung der Tribüne, nahm eine theatralische Haltung an und rief mit Stentorstimme in den Saal: „Boys, give me all the chance you can, I need it!“ (Jungens, laßt mich doch zu Worte kommen, ich hab's nötig!) Damit wollte Roosevelt zum Ausdruck bringen, daß er für die bevorstehende Präsidentschaftskampagne noch — Reklame brauchte. In Gegenwart sämtlicher diplomatischer Vertreter des Auslandes, die mit ihm auf der Tribüne saßen!

Als Cleveland seinem Sekretär Thurber die berühmte Venezuelabotschaft an den Kongreß vorlas und Thurber Bedenken wegen ihrer Schärfe äußerte, erwiderte der Präsident: „Thurber, ich kenne meine englischen Pappenheimer, darauf gibt's keinen Krieg, sondern ein Schiedsgericht.“ Am 12. November 1896 erfolgte der Schiedsspruch und Cleveland war gerechtfertigt.

Mc Kinley, eine fruchtbare und berechnende Persönlichkeit, verdankte seinen Einfluß nur seinen fähigen Kabinettsmitgliedern. Mit fast an Verzweiflung grenzenden Bemühungen suchte er den Konflikt mit Spanien zu verhindern, aber der Wille der Völker war stärker als der Märtyrerpräsident. Als Cleveland ihn nach der Inauguration nach dem Weißen Hause begleitete, sagte Mc Kinley: „Ich flehe zu Gott, daß es mit Spanien nicht zum Kriege kommt!“

Als der inzwischen verstorbene mexikanische Präsident Huerta sich weigerte, der Forderung des Admirals Mayo nachzukommen, der amerikanischen Flagge den Salut zu erweisen, übermittelte Präsident Wilson am 20. April 1914 dem Kongreß eine Botschaft, in der folgender Passus vorkam: „Ich könnte zweifellos, um für unser Land die verlangte Genugtuung zu erzwingen, sofort

die nötigen Schritte einleiten, ohne erst meine Zuflucht zum Kongreß zu nehmen; aber, ohne meiner konstitutionellen Gewalt als Präsident etwas zu vergeben, will ich in einer Angelegenheit von so ungeheurer Tragweite nichts ohne Mitarbeit und Rat des Senats und des Repräsentantenhauses unternehmen."

Öffentlich bleibt Präsident Wilson diesem Prinzip auch fernerhin während der deutsch-amerikanischen Verhandlungen treu.



Merfblatt zur vierten Krieganleihe.

4 $\frac{1}{2}$ prozentige Deutsche Reichsschatzanweisungen.

5 prozentige Deutsche Reichsanleihe, unkündbar bis 1924.

Mehr als achtzehn Monate sind verstrichen seit Beginn des gewaltigen Krieges, der dem deutschen Volke von seinen Feinden in unerhörtem Frevel aus Neid, Raub- und Eroberungsfucht aufgezwungen worden ist. Harte Kämpfe waren bei der Überzahl der Feinde zu bestehen. So schwer und blutig auch das Ringen war, unsere Truppen haben das Höchste geleistet und sich mit unvergänglichem Ruhm bedeckt. Auf allen Kriegsschauplätzen in West und Ost haben sie glänzende Waffenerfolge errungen, an ihrer todesmutigen Tapferkeit sind die mit allen Mitteln ins Werk gesetzten Angriffe der Feinde zerschellt. Die Feinde sind jedoch noch nicht niedergeworfen, schwere Kämpfe stehen uns noch bevor, aber wir sehen diesen mit zuversichtlichem Vertrauen auf unsere Kraft und unser reines Gewissen entgegen. Auch das hinter der Front kämpfende deutsche Volk hat sich allen durch den Krieg hervorgerufenen wirtschaftlichen Erschwernissen durch Fleiß und Sparsamkeit, durch Einteilung und Organisation gewachsen gezeigt; es wird auch fernerhin in Selbstzucht und fester Entschlossenheit durchhalten bis zum siegreichen Ende.

Der Krieg hat fortgesetzt hohe Anforderungen an die Finanzen des Reichs gestellt. Es liegt daher die Notwendigkeit vor, eine vierte Krieganleihe auszuschreiben.

Ausgegeben werden 4 $\frac{1}{2}$ prozentige auslosbare Reichsschatzanweisungen und 5 prozentige Schuldverschreibungen der